

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Michael Ignaz Schmidts ... Neuere Geschichte der Deutschen**

Kaiser Karl VI., vom Jahr 1715 bis 1740

**Schmidt, Michael Ignaz**

**Frankenthal, 1810**

Neuntes Capitel

[urn:nbn:de:bsz:31-264252](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-264252)

## Neuntes Capitel.

Bedenkliches Betragen des spanischen Hofes in Rücksicht auf die lezthin eingegangenen Friedensartikel. Zwiespaltige Königswahl in Polen. Stanislaus Leszczyński von Frankreich unterstützt; der Kurfürst von Sachsen von Rußland und Oestreich. Beitritt dieses leztern zum Reichsschluß in Betreff der Garantie der pragmatischen Sanction. Einmarsch russischer Truppen in Polen. Kriegserklärung des Königs in Frankreich gegen den Kaiser; ingleichem der Könige von Spanien und Sardinien. Bemühung des Kaisers, die Reichsstände zur Theilnahme an diesem Kriege zu bewegen. Widerspruch der Kurfürsten von Baiern, Pfalz und Cöln. Bemühung der protestantischen Stände, die Abschaffung der ryswickschen Friedensclausel bei dieser Gelegenheit zu bewirken. Erklärung eines Reichskriegs gegen Frankreich.

Man hätte nun glauben sollen, jeder, auch der geringste Rest der vorigen Zwietracht zwischen dem Kaiser, und den übrigen Mächten, welche sich in dem lezten Tractat zu Wien miteinander verglichen hat=

hatten, oder demselben erst in der Folge beigetreten waren, würde dadurch gänzlich getilgt seyn. Leider zeigte aber die Erfahrung in kurzer Zeit, daß alles, was bisher in dieser Sache geschehen, war ein Palliativ, und der dadurch hergestellte vermeinte Friede nur ein kurzer Stillstand der Waffen gewesen sey. So wenig es einst dem Wiener Hof Ernst gewesen war, einem spanischen Prinzen die Erzherzogin Maria Theresia zur Ehe zu geben, und dem Interesse des Hofes zu Madrid in diesem, oder irgend einem andern Punkt sein eigenes aufzuopfern; so wenig war man in Spanien gefonnen, auf irgend ein vortheilhaftes Project, oder auf irgend eine reizende Aussicht, zum Vortheile des Hauses Oestreich, Verzicht zu thun. Der stolzen, ehrgeizigen, stets mit grossen Entwürfen beschäftigten Königin Elisabeth von Spanien waren für ihren Prinzen Don Carlos Toscana, Parma und Piacenza, die ihm noch dazu nicht als souveräne Länder, sondern nur als Reichslehen waren zugesichert worden, viel zu geringe; wenigst sollte er noch Sicilien und Neapel erhalten.

Daß der spanische Hof mit solchen Gedanken umgienge, oder wenigst nicht sehr geneigt sey, dem Wiener Tractat pünktlich nachzukommen, konnte man bald nach der Unterzeichnung desselben vermuthen. Fürs erste ließ er, als es darauf ankam, den Prinzen in die italiänischen Reichslehen Toscana, Parma und Piacenza einzusetzen, eine weit grössere  
Zahl

Zahl spanischer Truppen nach Italien überführen, als in den Verträgen war bewilliget worden; und keine auch noch so dringende, Protestation des Kaisers war vermögend, den Hof zu Madrid zu bewegen, daß er die Uebersahl der Truppen zurückrufe v).

Vielmehr nahm Spanien unaufhörlich starke Kriegsrüstungen vor. Ein anders schlimmes Vorzeichen war, daß Don Carlos eigenmächtig den Titel eines Großprinzen von Toscana annahm, und sich zugleich mit dem Großherzoge am Johannistage 1732 huldigen ließ, gleich als wäre er souveräner Herr in den neu erworbenen italiänischen Ländern, und als ständen dieselben nicht in der geringsten Lehenverbindung mit dem deutschen Reiche. Daß er wirklich dieses Ziel im Auge hatte, ergab sich klar genug aus dem 6ten Artikel der zwischen dem Mediceischen Hause, und dem Könige von Spanien am 25. Julius 1731 geschlossenen Convention von Florenz, worin ausdrücklich von absoluter Gewalt des Regenten, und Unabhängigkeit in Hinsicht auf diese Lande gesprochen wurde x). Der Kaiser unterließ nicht,

v) *Rousset* Tom. IX. p. 18 22 et 30 seq.

x) *Que le Grand-Duc régnant en considération de ce qu'il fait et accorde pour assurer la succession immédiate au sérénissime Infant, ne rencontrera aucun obstacle dans le libre exercice de la Souveraineté, et continuera à gouverner ses états, et son peuple avec la même puissance absolue et indépendante etc. Ap. Rousset* Tom. VI. pag. 237.

nicht, dieses schriftlich zu rügen; und seine Bemerkungen waren so sehr auf Wahrheit und Billigkeit gegründet, daß der König von Spanien wirklich nöthig fand, ihn darüber zu beruhigen, und deswegen seinem zu Wien befindlichen Minister, dem Herzoge von Viria den Auftrag erteilte, daselbst eine Erklärung über diesen Gegenstand zu übergeben y).

Allein es ist gewöhnlich nichts leichter, als über irgend einen bedenklichen Gegenstand schöne Erklärungen zu geben. Wenn nur auch die Handlungen mit denselben jederzeit übereinstimmten! Daß dieses in der gedachten Angelegenheit der Fall nicht war, bewies das oben angeführte Betragen des Infanten, der von dieser Zeit an sich eigenmächtig einen Großprinzen von Toscana nannte, und die Huldigung einnahm. Ungeachtet der schönen, beruhigenden Erklärung, welche der König von Spanien gegeben hatte, konnte weder der Kaiser, noch der König von Großbritannien, an den sich jener gewandt hatte, auf seine Vorstellungen eine Abänderung des bisherigen Betragens, oder in der Folge auch nur eine befriedigende Antwort erhalten z).

Der Kaiser beschloß in dieser Lage, alles zu vermeiden, was eine Veranlassung zu Klagen geben könnte; zugleich aber auch die Rechte des Kaisers und Reichs öffentlich bekannt und geltend zu machen.

Durch

y) Die Bemerk. des Kaisers ap. *Rousset*, Tom. IX. p. 3. seq. Die span. Erklär. *Ibid.* T. VI. p. 246. seq.

z) *Rousset*, Tom. IX. p. 55. seq.

Durch den Reichshofrath, als ordentlichen Lehnhof, ließ er daher sowohl in einem an den Großherzog erlassenen Rescript, als auch in einem an den Senat zu Florenz gerichteten Decret, und einem Patent an die Unterthanen von Toscana die eigenmächtig vorgenommene Huldigung für nichtig erklären, und zugleich bekannt machen, daß der Kaiser den Tractaten zu Folge die Huldigung sogleich nach dem Tode des Großherzogs durch einen Bevollmächtigten werde vornehmen lassen. Die Folge dieses Schrittes war, daß nun Spanien sich am Hofe zu London über denselben, als über einen Eingriff in die Souveränität des Großherzogs, beklagte, auch sich darüber beschwerte, daß man von Seite des Hauses Oestreich einige hieher gehörige Gerechtsamen und Ländereien am Po zum Herzogthum Mailand ziehen wolle. Neue Vorschläge zu einem Vergleiche, welche nun der König von Großbritannien that, und das Anerbieten des Kaisers, den Infanten als Großherzog zu belehnen, wenn man nur in die Beilegung der übrigen Streitigkeiten unter großbritannischer Vermittelung in einer zu bestimmenden Frist willigen wollte aa), halfen aber eben so wenig; Spanien zögerte bald unter diesem, bald unter jenem Vorwande, schloß indessen eine Allianz mit Frankreich, und wartete nur auf den schickslichen Augenblick, da es gegen Oestreich mit irgend einem scheinbaren Grunde öffentlich losbrechen könnte.

Die erwünschte Gelegenheit zur Ausführung dieses

aa) *Roussset*, Tom. IX. p. 109. 123. seq.

ses Vorhabens bot sich schon im Jahre 1733 an, da Frankreich wegen der nicht nach Wunsch ausgefallenen Wahl eines neuen Königs in Polen dem Kaiser den Krieg erklärte.

Um die durch den Tod des Königs August II. von Polen erledigte Krone hatten sich zwei Fürsten gemeldet: Stanislaus Leszczyński, Schwiegervater des Königs Ludwig XV. von Frankreich, und Friedrich August, Kurfürst von Sachsen, Sohn des verstorbenen Königs August II. von Polen. Daß ersterer sich als Mitwerber aufstellen würde, hatte man bereits vermuthet, Er hatte sich mit Hülfe des kaiserlichen Königs Karl XII. v. Schweden schon einmal auf den polnischen Thron geschwungen; denselben aber, durch die eiserne Hand des Schicksals herabgestürzt, wieder verlassen müssen. Es war daher leicht vorauszusehen, daß er jetzt, da indessen die ganze politische Lage der Dinge im Norden sich geändert hatte, seinen Anspruch wieder hervorsuchen, und um so eher sich bestreben würde, ihn gelten zu machen, da er sich eine beträchtliche Unterstützung von Seite des Königs von Frankreich versprechen konnte. Aber eben dieser letztere Umstand war für die Höfe zu Wien und Petersburg, ein Beweggrund, sich seiner Erhebung zu widersetzen. Man wollte keinen Fürsten, welcher der Krone Frankreich ergeben wäre, auf dem polnischen Throne sehen. Ehe noch der König August II. die Augen geschlossen hatte, war aus diesem

Grund:

Grunde zwischen Rußland, Oestreich und Preussen in dem sogenannten Löwenwoldischen Tractat am 13ten December 1732 schon verabredet worden, daß Stanislaus Leszcynsky vom polnischen Throne bei der nächsten Erledigung ausgeschlossen, hingegen der Bruder des Königs Johann V. von Portugal, der Infant Emanuel, auf denselben befördert werden sollte bb).

Der Tractat war aber noch nicht ratificirt, als August II. mit Tod abgieng; und inzwischen hatte der Kaiser seine Gesinnung geändert. Der neue Kurfürst von Sachsen hatte sich durch seinen Gesandten an ihn gewandt, um von demselben in seinem Gesuche um die polnische Krone unterstützt zu werden; und nun stieg in dem Kaiser auf einmal der Gedanke auf, daß dieses neue Verhältniß ein Mittel werden könnte, Kursachsen von dem Widerspruche gegen die von Seite des deutschen Reichs übernommene Garantie der pragmatischen Sanction abzubringen. Rußland war dem Wunsche des Wiener Hofes nicht entgegen; mit beiden schloß der Kurfürst im Julius 1733 Verträge, die seinen und ihren Absichten günstig waren. Dem Haus Oestreich zu Gefallen trat er dem Reichsschluß in Betreff der Garantie der pragmatischen Sanction bei, wofür der Kaiser sich verbindlich machte, ihm zur polnischen Krone zu verhelfen, und im Besitze derselben

bb) Lebensbeschreibung des Grafen von Seckendorf Th. IV. S. 75. f.

ben ihn zu schützen; der Kaiserin von Rußland versprach er die Garantie ihrer europäischen Länder; ferners daß der künftige König ihr den kaiserlichen Titel zuerkennen, und sich verwenden werde, daß Polen sich der Ansprüche auf Liefland begeben, und die dormalige ungetheilte Verfassung von Kurland erhalten werde; wofür die Kaiserin Anna gleichfalls zu seiner Erhebung auf den polnischen Thron durch Unterhandlung, Geld und Truppen mitzuwirken sich verbindlich machte (cc). Der einzige König von Preussen trat zurück, und zwar aus persönlicher Abneigung gegen den Kurfürsten von Sachsen.

Ganz entgegengesetzte Absichten hatte der Hof zu Versailles. War den Höfen zu Wien und Petersburg daran gelegen, den Fürsten Stanislaus Leszczyński, als einen Anhänger des Königs von Frankreich, den Weg zum polnischen Throne zu verschließen; so foderte im Gegentheile das Staatsinteresse Frankreichs, einen Fürsten nicht emporkommen zu lassen, der, wie von dem Kurfürsten von Sachsen zu vermuthen war, aus Erkenntlichkeit das Interesse des Hauses Oestreich befördern, und die pragmatische Sanction garantiren würde. Kein Wunder also, daß Ludwig XV. sich bei den polnischen Großen kräftig für einen Fürsten verwandte, dessen Ergebntheit ihm nebst dessen eigener Gesinnung auch der Umstand, daß er sein Schwiegervater war, zu verbürgen schien.

Sta-

cc) Ebendasselbst. S. 112 ff.

Stanislaus Leszcynsky, dem nicht nur der mächtige Einfluß des Königs von Frankreich, sondern was noch weit wichtiger war, seine eigenen Vorzüge des Geistes einen besondern Anspruch an den Thron gaben, wurde durch einen beträchtlichen Theil der polnischen Grossen, an deren Spitze der Primas des Königreichs, Theodor Potoki stand, zu Warschau am 12ten Sept. 1733 zum König ausgerufen, obwohl Oestreich und Rußland bereits zuvor eine beträchtliche Summe Geldes nach Polen gesandt, zu gleicher Zeit an den Gränzen ihre Truppen zusammengezogen, und hierauf zu Warschau feierlich hatten erklären lassen, daß sie außer dem Kurfürsten von Sachsen keinen andern als König von Polen erkennen würden. Die Kaiserin von Rußland hatte noch beigefetzt; daß sie entschlossen sey, die Wahl dieses Fürsten mit ihrer ganzen Macht zu unterstützen dd).

Der kühne Schritt war nun einmal geschehen; und den Höfen zu Wien und Petersburg war kein anders Mittel mehr übrig, als ihre Truppen in Polen wirklich einrücken, und die Wahl durch die Gewalt der Waffen vernichten zu lassen. Diesen Auftrag vollzog der russische General, Graf Laschy, mit 20, 000 Mann, und weil man doch ein solches Verfahren vor den Augen der Welt beschönigen mußte, so wurde in einem bei dieser Gelegenheit bekannt gemachten Manifest

dd) Von Mannke in historische Nachrichten von Rußland. S. 89. ff.

nifest versichert, der Einmarsch geschehe auf Anrufen eines grossen Theils patriotischer Polen, und zur Aufrechthaltung der polnischen Freiheit ee).

Nicht so bald hatten sich diese Beschützer der Freiheit in der Gegend von Warschau gelagert, als die geringe Parthei von 15 Senatoren, und kaum 600 anwesenden Edelleuten den Kurfürsten von Sachsen unter dem Namen August III. zum König von Polen erwählten; und selbst unter diesem kleinen Häufchen waren viele, auf die der Glanz des östreichisch-russischen Geldes, oder der Schrecken vor ihren Waffen einen stärkern Eindruck machte, als die eigene Ueberzeugung von der grössern Würdigkeit des Kurfürsten von Sachsen.

Daß ein hartnäckiger Krieg aus diesem Handel entstehen würde, konnte man wohl voraussehen. Ludwig XV. hatte schon eine geraume Zeit zuvor dem Kaiser erklären lassen, er würde, wofern derselbe die polnische Königswahl stören würde, solches für einen Friedensbruch ansehen, worauf Karl geantwortet hatte: „daß er die freie Wahl in Polen zu beschränken keineswegs gesonnen, im Gegentheile vielmehr entschlossen sey, nach dem rühmlichsten Beispiele seiner glorwürdigsten Vorfahrer, und zu Folge der zwischen dem Durchlauchtigsten Erzhaus, und der Republik Polen seit zweien Jahrhunderten bestehenden

ee) Ap. Rousset Tom. IX. p. 219. seq.

den Conventionen selbiger Nation ihr freies Wahlrecht, nach Maaßgabe der polnischen Reichsgesetze, ungekränkt zu handhaben, und aus allen Kräften zu unterstützen“ ff). Daß aber die nach der Wahl des Fürsten Stanislaus Leszcynsky gegen Warschau anrückenden 20,000 Mann Russen eben nicht das beste Mittel waren, den König Ludwig von dem warmen Eifer des Kaisers für die Erhaltung der polnischen Wahlfreiheit zu überzeugen, bewies der Erfolg. Schon am 5ten Tage nach der Wahl des Kurfürsten von Sachsen erschien ein französisches Manifest, worin der König erklärte, durch das Verfahren des Kaisers gegen den König Stanislaus von Polen empfindlich beleidigt, und in seiner Ehre gekränkt, sehe er sich genöthiget, ihm den Krieg anzukündigen.

Dieß war es, was man in Spanien gewünscht hatte, um öffentlich mit dem Kaiser brechen zu können. Zugleich mit dem Könige von Sardinien nahm der von Spanien seine Verwandtschaft mit dem Könige von Frankreich zum Vorwande, die ihn aufforderte, gemeinschaftliche Sache mit ihm zu machen. In dem Könige von Frankreich, sagten beide, fühlten sie sich selbst beleidiget. Ausserdem führte Spanien als einen Beweggrund noch an, daß man dem

In-

f) Fabers Europäische Staatskanzlei. Th. LXIII.  
S. 362.

Infanten Don Carlos in Ansehung der Erbfolge in den italiänischen Staaten Schwierigkeiten gemacht habe. Der Grund, welchen Sardinien hinzu that, war noch schwächer: man habe bei der savyonischen Belehnung das dem Könige gebührende Ceremoniel nicht beobachtet gg).

Noch im October desselben Jahres rückten drei französische Heere ins Feld; eines unter dem Commando des Marschalls von Berwick gieng bei Straßburg über den Rhein, und bemächtigte sich in wenigen Tagen der unvorbereiteten Reichsfestung Kehl; ein anders drang zu gleicher Zeit in Lothringen ein, und besetzte das ganze Land. Das dritte führte der Marschall von Villars nach Italien, wo es zu den sardinischen Truppen stieß, die der König, Karl Emanuel, selbst anführte, und gleichfalls noch in demselben Jahre das ganze Herzogthum Mailand ohne grosse Schwierigkeit in seine Gewalt brachte. Ein viertes Heer endlich schickte Spanien zur See nach Toscana ab, welches Don Carlos selbst, nachdem er sich eigenmächtig für volljährig erklärt, und die Regierung von Parma und Piacenza selbst übernommen hatte, gegen Neapel führte.

Daß das nichts weniger, als zur Führung eines so weit aussehenden Krieges vorbereitete Haus Österreich sich in diesem Gedränge um fremde Unterstützung be-

gg) Die drei Manifeste ap. *Roussset* Tom. IX. p. 281. 291. und 302 seq.

bewarb, ist leicht zu begreifen. Von dem Könige von Großbritannien und den Generalstaaten der vereinigten Niederlande, deren Gesinnungen der Kaiser schon vor dem Ausbruche dieses Krieges ausgeforscht hatte, war nichts zu erwarten. Sie beobachteten eine genaue Neutralität; letztere hatten sogar dem Kaiser die Einmischung in die polnischen Handel ausdrücklich mißrathen (hh). Es war daher keine andere Macht übrig, an welche der Kaiser sich mit mehr Zuversicht wenden konnte, als das deutsche Reich.

Um seinen Zweck desto gewisser zu erreichen, wandte Karl sich zuerst wieder an einzelne deutsche Höfe, wobei der Graf von Seckendorf das Beste für ihn that. Dieser eben so thätige als geschickte Unterhändler wandte alle seine Beredsamkeit an, um verschiedene deutsche Reichsstände gegen Frankreich zu erbittern, und zur Theilnahme an diesem Kriege zu bewegen (ii). In diesem Bemühen fand er sich nicht wenig durch den Umstand unterstützt, daß die Franzosen bereits Kehl weggenommen, folglich das Reichsgebiet verletzt hatten.

In dem Commissionsdecret vom 4ten November desselben Jahres, welches der Kaiser zu Regensburg bekannt machen ließ, ermangelte er gleichfalls nicht,

M 2

den

hh) *Rousset* Tom. IX. p. 442. seq.

ii) Lebensbeschreibung des Grafen von *Seckendorf*, Th. IV. S. 214.

den Reichsständen recht nachdrücklich vorzustellen, „daß die Krone Frankreich den Baadenschen Frieden vom Jahre 1714 nicht nur diesseits des Rheins auf dem unstreitigen Reichsboden, sofort durch den an der Reichsfestung Kehl gethanen feindlichen Anfall aus einer von dem polnischen Wahlgeschäft hergenommenen, offenbar ungegründeten Ursache mehrmalen thätlich gebrochen, sondern auch ein gleiches gegen die italiänischen Reichslande zu thun im Begriffe sey. Daß ferner der König von Sardinien, als Herzog von Savoyen, auf eine nicht leicht erhörte Art zu eben der Zeit, als derselbe die schweren Reichspflichten gegen die kaiserl. Majestät und das heilige Reich wegen seiner ansehnlichen Reichslande und Lehen öffentlich beschworen, durch französische Verführung einen feindlichen Bund gemacht, und dem Minister Ihrer kaiserl. Majestät habe verkündigen lassen, daß er sich mit Frankreich vereiniget habe, um Ihre kaiserliche Majestät zu bekriegen: . . . daß endlich zu gleicher Zeit auch der am kurmainzischen Hof amwesende französische Minister dieselbe Kriegserklärung gethan habe; unter diesem leeren, ungerechten Vorwand aber, wie leicht zu ermessen, ganz andere, dem heil. Röm. Reich höchst gefährliche, und nichts weniger, als zur Unterstützung der polnischen Wahlfreiheit gereichende, Dinge (indem Ihre kaiserl. Maj. bis zu dieser Stunde keinen einzigen Soldaten in Polen haben ein-

rückten

rücken lassen) um so gewisser verborgen seyen, als bekanntlich Ihre kaiserliche Majestät eben so wenig, als das heilige Reich hierzu den Anlaß gegeben<sup>kk</sup>).

Die Bewilligung der Reichshülfe, oder eigentlich der Beschluß, der Krone Frankreich von Seite des Reichs den Krieg zu erklären, den der Kaiser durch dieses Commissionsdecret zu bewirken suchte, erfolgte aber doch nicht so geschwind, als man nach den Gefinnungen der meisten Reichsstände hätte erwarten sollen. Noch weit eher gelangte der Kaiser wieder bei den einzelnen Kreisen zu seinem Zweck, indem der Kurfürst von Mainz auf eine von dem Kaiser schon unterm 18ten August 1733 an ihn ergangene Auffoderung<sup>ll</sup> auf den 14ten September einen Associationscongrèß zu Frankfurt ansetzte, wo man auch die Frage wegen weiterer Erneuerung der letztern Associationsrecess, und Stellung der dreifachen Zahl Mannschaft sogleich in Berathschlagung nahm. Das Resultat war, daß die fünf associirten vordern Reichskreise, der kur- und oberrheinische, fränkische, schwäbische und österreichische am 9ten November einen Recess errichteten, worinn sie sich verbindlich machten, „die Militärverfassung sub auspiciis caesareis, zu ihrer in Associationsrecessmäßigen Fällen benötigten, allen Rechten nach erlaubten Vertheidigung, und Rettung, und gegenseitiger Hülfsleistung allein,

<sup>kk</sup> Fabers Europäische Staatskanzlei. Th. LXIII.

S. 454. f.

<sup>ll</sup> Staatskanzlei. Th. LXII. S. 739. f.

jedoch zu keines Menschen Beleidigung, oder Herausforderung auf drei Simpla dergestalten zu verwehren, daß die hierzu erforderliche Mannschaft, damit man seine allenfalls abgedrungene Beschützung desto besser bewirken, und sich aller ungerechten Gewaltthätigkeit widersetzen könne, wo nicht eher, doch zu Ende des laufenden Jahres, in vollzähligen Stand aufgestellt seyn solle.“ Als Beweggrund dieses Schlusses wird angegeben: „weil nicht zu läugnen sey, daß bei den jetzigen äußerst gefährlichen Zeiten jedermann auf seiner Huth zu seyn die größte und billigste Ursache habe; auch niemand es andern mit Recht verdenken könne, wenn sie die allein zur Erhaltung ihrer eigenen Lande und Leute abzielende Schutzbündnisse abzumalen, und zwar nach Inhalt der vorherigen Rescasse, erneuern; mithin sich zeitlich durch guten Widerstand in Sicherheit setzen, und allen beschwerlichen Folgen mit zusammengesetzten Kräften begegnen“ mm).

Auf dem Reichstage suchten die Kurfürsten von Cöln, Pfalz und Baiern die Theilnahme des Reichs an diesem Kriege zu hindern. Aus welchem Grunde, ist leicht zu errathen. Es läßt sich nicht läugnen, daß die Wahl eines Königs von Polen, welche die eigentliche Ursache dieses Krieges war, sie mochte nun auf Stanislaus Leszczyński, oder auf den Kurfürsten

mm) Staatskanzlei. Th. LXIII. S. 350. f.

sten von Sachsen, oder auf wen immer gefallen seyn, das deutsche Reich gar nicht angien. Dasselbe hatte weder für sich selbst einige Verträge mit der Krone Polen geschlossen, noch an den Verträgen, welche die Erzherzoge von Oestreich mit derselben errichtet hatten, jemals Theil genommen. Wenn das deutsche Reich wegen des Reichsverbandes, wie Karl VI. meinte, verbunden wäre, an jedem Kriege Theil zu nehmen, in welchen der Kaiser wegen besonderer Verhältnisse seines Hauses verwickelt wird, oder sich selbst verwickelt, so dürfte nur ein recht kriegerischer Fürst, wie weiland Karl XII. von Schweden war, den kaiserlichen Thron besteigen, um Deutschland in beständigem Kriegszustande zu erhalten. Die Reichsstände würden in diesem Falle die Schwerter nie aus der Hand legen dürfen, sondern in der unausgesetzten Nothwendigkeit sich befinden, Geld und Blut ihrer Unterthanen aufzuopfern. Auch kann hier wohl der Umstand, daß dieser, oder jener der angreifende Theil sey, nichts entscheiden: es kommt nur darauf an, um welcher Ursache willen der Krieg geführt wird. Die Kurfürsten von Cöln, Pfalz und Baiern beriefen sich vorzüglich auf diese Gründe, indem sie in der Reichsversammlung dem Antrage des Kaisers widersprachen nn). Daß aber ausser diesen noch etwas anders mächtig, und vielleicht mächtiger noch, als diese Gründe, auf sie gewirkt habe: französische

Einz

nn) Ebendasselbst S. 610. f.

Einstüftung nämlich, und alte Anhänglichkeit an den Hof zu Versailles, ist leicht zu glauben.

Eine ganz andere Gestalt erhielt die Sache un-  
streitig dadurch, daß die Franzosen bereits die Reichs-  
festung Kehl weggenommen, und auf dem benachbar-  
ten Reichsboden Contribution eingetrieben; folglich  
selbst zuerst Feindseligkeiten gegen das Reich aus-  
geübt hatten. Man konnte diese Angelegenheit jetzt  
nicht mehr aus demselben Gesichtspunkte, wie zu-  
vor, als eine fremde Sache, die auf das Reich gar  
keine Beziehung hätte, betrachten. Die Ursache des  
Krieges mochte immer fremd seyn; aber der Krieg  
selbst gieng das Reich an, weil es von den Franzo-  
sen feindsich behandelt worden. Dieser wichtigen Ein-  
wendung suchten die gedachten drei Kurfürsten frei-  
lich dadurch zu begegnen, daß sie behaupteten, der  
König von Frankreich habe dem Reiche bereits die  
Neutralität auf den Fall angeboten, wenn selbiges  
sie entgegen beobachten würde. Die Festung Kehl  
werde er alsdann entweder wieder zurückgeben, oder  
einwilligen, daß sie indessen eine Besatzung neutraler  
Truppen erhalte. Die auf dem Reichsboden bereits  
eingetriebenen Contributionen werde er alsdann erset-  
zen. Wirklich machte Blondel, französischer Ge-  
sandter zu Mainz, eben zur Zeit, da die Franzosen  
sich der Festung Kehl bemächtigten, im Namen des  
Königs eine an das deutsche Reich gerichtete Erlä-  
rung von ähnlichem Inhalt bekannt: „Der König  
wün-

wünschte den Frieden mit den deutschen Reichsständen zu erhalten, und sey entschlossen, die mit ihnen errichteten Friedensschlüsse so lange zu beobachten, als er sie als Freunde werde betrachten können. Wenn er durch den Angriff auf die Festung Kehl sich des Uebergangs über den Rhein versichert habe; so sey es nicht aus einer bösen Absicht gegen das deutsche Reich geschehen; vielmehr habe er schon öfter zu erkennen gegeben, daß ihm das Interesse desselben theuer sey. Er wolle nicht nur keinem der Glieder des Reichs ein Leid zufügen, sondern vielmehr dadurch, daß er sich des Uebergangs über den Rhein bemächtigt habe, sich in den Stand setzen, denjenigen deutschen Fürsten beizuspringen, die der Kaiser etwa zwingen wollte, seine Privatabsichten zu befördern. Er habe seinen Generälen bereits den Auftrag ertheilt, die Staaten derjenigen Fürsten, welche nicht Parthei ergreifen, oder dem Kaiser keinen Beistand gegen ihn leisten werden, mit aller Achtung, und Schonung zu behandeln. Der König begnüge sich mit dem, was er besitze; und weit entfernt, durch den Fortgang seiner Waffen seine Gränzen erweitern zu wollen, trage er kein Bedenken, hiermit feierlich erklären zu lassen, daß er keineswegs die Absicht habe, Eroberungen zu machen, oder Plätze, an deren Besitz den Reichsständen wegen der Sicherheit des Reichsbodens gelegen seyn könnte, zu behalten, sondern einzig und allein dem gerechten Un-

Unwillen über den Anlaß zum Mißvergnügen, den der Kaiser vor dem Angesicht von ganz Europa ihm gegeben habe, seinen Lauf zu lassen; daß er endlich nichts versäumen werde, um die deutschen Fürsten täglich mehr und mehr zu überzeugen, wie sehr er verlange, das so nothwendige, und zuträgliche gute Einverständniß zwischen den Garants des westphälischen Friedens, und den Gliedern des deutschen Staatskörpers zu erhalten“ 00). In der That schöne Worte, von deren Wahrheit aber nicht jederman sich leicht überzeugen konnte! Wie wenig zuweilen die Handlungen des französischen Hofes mit einer ähnlichen Sprache übereingestimmt haben, war leider noch hier und da in frischem Andenken.

Indessen wäre es vielleicht doch besser gewesen, wenn man dem Könige von Frankreich nicht sogleich offenbar den Krieg angekündigt, sondern zuerst, nach dem Rath der Kurfürsten von Cöln, Baiern und Pfalz, gütliche Mittel versucht, indessen sich aber in guten Vertheidigungsstand gesetzt hätte, was der König von Frankreich nie mit Grund hätte übel nehmen können. Die Stimmung der gesammten Reichsstände war aber nicht von der Art, daß man irgend eine Aufmerksamkeit auf einen solchen Vorschlag hätte erwarten können.

Ausser den gedachten Kurfürsten erhoben noch die protestantischen Fürsten, an deren Spitze Mag<sup>de</sup>

00) Faber's Staatskanzlei. Th. LXIII. S. 471. f.

deburg stand, eine Schwierigkeit gegen den Antrag des Kaisers, welche darinn bestand, daß sie in eine Kriegserklärung gegen die Krone Frankreich nicht eher willigen wollten, als bis die katholischen Stände eine Erklärung gegeben haben würden, daß sie die bekannte ryswickische Friedensclausel als abgestellt betrachten wollten, und in einem künftigen Friedensschluß das Instrument des westphälischen Friedens zum Grunde gelegt werde pp). Den Kaiser befremdete es anfänglich nicht wenig, als ihm die unvermuthete Nachricht zukam, daß unter den protestantischen Comitialgesandtschaften gedachtes Conclusum abgefaßt worden, und daß sie demjenigen, was sie selbst als nützlich und nöthig erkannten, eine solche Clausel anhefteten, wodurch dasselbe ohne Noth und Nutzen wieder entkräftet und zernichtet würde qq). Die protestantischen Stände standen aber von ihrer Forderung nicht ab. Es wurden noch einige Schriften zwischen dem kaiserlichen Prinzipalcommissär, und ihnen gewechselt, worauf endlich beide Theile übereinkamen, daß in das Reichsgutachten, welches die Reichskriegserklärung gegen Frankreich enthalten würde, folgende Stelle eingerückt werden sollte: „Daß alles, was sowohl in den Landen, die man unter göttlichem Beistand wieder zu erobern hoffen dürfte, als auch sonst bei Gelegenheit vorheriger, mit der Krone Frankreich

pp) Faber, Tom. cit. S. 585. f.

qq) Ebendasselbst, S. 580.

reich geführter Kriege in ecclesiasticis et politicis geändert worden, zu der bedrückten Stände und ihrer Unterthanen Befriedigung in dem alten, den Reichs-Fundamentalgesetzen, und den im Reichsgutachten vom 14ten Februar 1689 enthaltenen Friedensschlüssen gemäßen Stand optima fide hergestellt werden solle" rr).

Da diese Schwierigkeit hiemit gehoben war, so wurde der Reichskrieg gegen Frankreich am 26sten Februar 1734 ohne weiters beschlossen, ohne daß man auf den Widerspruch der Kurfürsten von Cöln, Baiern und Pfalz die geringste Rücksicht nahm. Der Schluß wurde vielmehr noch dahin geschärft, daß keine Neutralität, unter welchem Vorwand es immer seyn möchte, gestattet werden sollte.

rr) Faber, Tom. cit. S. 599. f.